

#### VORBEMERKUNG

In den "I.M." Nr. 4, II, 4 wurde diese Sondernummer angezeigt. Sie enthält alle Dokumente, die die Solidaritätsaktion, ihre geplante Reorganisation und die Org.-Befragung betreffen. Darunter fallen die beiden Verteilungspläne, das komplette Protokoll vom 9.3.47 und die betreffenden Stellungnahmen und Beschlüsse der L ebenso wie die in diesem Zusammenhang von Genossen eingesendeten Resolutionen, Briefe und Anträge.

Diese Schrift hat nicht die Aufgabe, eine breite Debatte über die Solidaritätsaktion und ihre eventuelle Reorganisierung einzuleiten; sie soll unseren Genossen die Tatsachen zur Kenntnis bringen; die Diskussion selbst hat mit dem Beschluß der L (siehe unter Punkt M!) ihren Abschluß gefunden. Dieser Beschluß stellt ein Kompromiß dar, das der L von der gegenwärtigen konspirativen und organisatorischen Lage diktiert wurde.

Die Org.-Befragung hat dennoch Konsequenzen, die mit diesem Beschluß nicht abgetan werden können: - 1. Die in Zukunft unbedingt zu beachtenden organisatorischen Lehren des 9.3.47, - 2. die Frage der Auslesemethoden und - 3. die grundsätzliche Stellung zur Frage der Berufsrevolutionäre. Die beiden letzteren wurden mit Absicht von der Frage der Solidaritätsaktion getrennt: die Auslesemethoden werden zur Zeit in der L debattiert und der abschließende Beschluß wird in den nächsten "I.M." publiziert; die restliche Frage kann nur durch geduldige und ausdauernde Arbeit geklärt werden; die L wird also auf sie zu gegebener Zeit und in entsprechender Form zurückkommen.

+++++

A) Dem bisher angewendeten System (Punktesystem) für die Verteilung der einlaufenden Lebensmittelpakete lag folgender Plan zugrunde:

1. Die Verteilung der einlaufenden Pakete wird nach einem Punktesystem durchgeführt u.zw. in der Form, daß die Teilnehmer an der Aktion der Reihe nach beteiligt werden; wenn jeder Teilnehmer an der Aktion die ihm zugesprochene Anzahl von Lebensmitteln erhalten hat, dann fängt eine neue Aktion mit einer eventuell vermehrten oder verminderten Anzahl von Genossen und mit eventuell korrigierten Zuteilungsquoten an.
2. An der Aktion können zunächst nur Mitglieder unserer Org. teilnehmen, bei denen die unter 4. aufgeführten Voraussetzungen bestehen; nur in Ausnahmefällen (z.B. in Krankheitsfällen) können auch sehr aktive Kandidaten daran teilnehmen. Eine außerordentliche Beteiligung von Genossen ist möglich. Die Teilnahme beschließt die L auf Vorschlag der AZ und GL.
3. Jeweils ein Genosse kann einen bis vier Punkte erhalten; ein Punkt = 10.000 Kalorien. Unter Berücksichtigung der unter 4. angeführten Gesichtspunkte setzt die L die Zuteilungsquote fest.
4. Die entscheidenden Gesichtspunkte bei der Festsetzung der Punkteanzahl für die einzelnen Genossen wie für die Teilnahme an der Aktion überhaupt sind: Aktivität (qualitativ und quantitativ gewertet), soziale Lage (Einkommen, private Versorgungsmöglichkeiten, Kinderanzahl usw.), Gesundheitszustand des Genossen selbst.

Dieser Plan wurde von der L am 27.7.46 einmütig (bei 1 Stimmenthaltung) angenommen. Er ist durch den unter Punkt M veröffentlichten Beschluß vom 29.3.47 wieder voll in Kraft gesetzt, wobei die obere Grenze für die Zuteilungsquote (vier Punkte) von der L nicht als starr angesehen wird.

B) Vom zuständigen Referenten der L wurde am 28.12.46 bzw. am 11.1.47 ein Reorganisationsantrag eingebracht, der nach eingehender Diskussion in der L modifiziert wurde und in der folgenden Fassung zur Abstimmung kam:

1. An die aktivsten Genossen - ausgenommen diejenigen, die im voraus verzichten - sollen monatlich zwei Punkte (= 20.000 Kalorien) zugeteilt werden.
2. Alle übrigen Pakete werden an jene Mitglieder verteilt, die von der Zelle vorgeschlagen werden und deren Teilnahme an der Solidaritätsaktion von der L beschlossen wird. In Ausnahmefällen können auch Kandidaten beigezogen werden, jedoch nur auf Vorschlag der GL und auf Beschluß der L.
3. In die unter 1. erwähnte Gruppe fallen die L-Mitglieder und auf Beschluß der L auch Genossen aus dem Kreise der Redaktionsmitglieder, der GL und Genossen, die mit einer speziellen Aufgabe betraut werden, welche eine wesentliche Steigerung ihrer Aktivität erfordert.

Dieser Plan wurde von der L mit Mehrheit angenommen. Die Minderheit befürwortete, daß die Solidaritätsaktion nach dem ursprünglichen Plan (siehe Punkt A) weitergeführt werde.

+

C) Das vom zuständigen Referenten der L als Grundlage für seinen Reorganisationsplan vorgebrachte konkrete Zahlenmaterial ergibt folgendes Bild:

Aktion	Dauer	sind Tage	Anzahl der Teilnehmer	Verteilte Punkte	davon je Teiln.			
					1	2	3	4
					P u n k t e			
1.	1. 8.-26. 9.	57	32	50	21	5	5	1
2.	27. 9.-13.12.	78	36	59	21	8	6	1
3.	14.12.-31. 1.	49	40	64	23	11	5	1
3 Aktionen zusamm.		184	108	173	65	24	16	3

Durchschnitt pro Monat: 18 Teilnehmer erhielten zusammen 29 Punkte

+

D) Das Verhältnis der Stimmen in der L, das sich bei der Abstimmung über den Reorganisationsplan ergab (4:3) und der Gegenstand des Beschlusses ließ es als zweckmäßig erscheinen, ihn nicht einfach als Mehrheitsbeschluß durchzuführen. Deshalb beschloß die L einstimmig folgendes:

1. Die L beschließt die Abhaltung einer Org.-Befragung zum Zwecke der Reorganisation der Solidaritätsaktion.
2. Zu diesem Zwecke findet eine Zusammenkunft statt, zu der von jeder A-Zelle ein Vertreter entsandt wird.
3. Diesen Vertretern wird der Reorganisationsplan der L zur Stellungnahme vorgelegt.
4. Die endgültige Reorganisierung der Solidaritätsaktion wird dann von der L beschlossen.
5. Als Zwischenlösung wird die Aktion in der bisherigen Form noch einmal durchgeführt.

Diese Befragung sollte beschlußgemäß am 23.2.47 stattfinden, mußte aber aus konspirativen und technischen Gründen auf den 9.3. verschoben werden.

+

E) Über den Verlauf der Org.-Befragung gibt das offizielle Protokoll Aufschluß; es lautet:

PROTOKOLL über die Befragung der A-Zellen zur S-Aktion am 9.3.47

1. Eröffnung durch den Vorsitzenden Gen. L.
2. Referat über den L-Plan (Referent Gen. H.)
3. Berichte aus den Zellen
4. Diskussion
5. Schlußwort

Anwesend waren von der L: L., H., K.; vom Gebiet X: St., L., A.; vom Gebiet Y: B., K., L.; vom Gebiet Z: St., M., W., K.

1. Gen. L. eröffnet die Versammlung. Er vertritt in der Einleitung den Standpunkt der L-Minderheit und übergibt das Wort dem Referenten.

2. Referent H. berichtet kurz über die Entstehung der S-Aktion. Die Int. habe der L freie Hand gegeben. Er erläutert das bisherige Punktesystem. Gründe für den neuen L-Plan: - 1. Verschärfung der allgemeinen Lebensmittellage, - 2. Geringer Einlauf der Pakete und - 3. Notwendigkeit der Sicherung der Arbeit des führenden Aktivs unserer Org. - Durch den neuen Vorschlag soll den aktivsten Genossen, deren Arbeit in den letzten Monaten sehr zugenommen hat, ermöglicht werden, weiterhin ihre ganze Kraft der Org. zu widmen. L-Plan beruhe auf dem Beschluß über Berufsrevolutionäre. - Referent führt kurz die Argumente der Gegenseite an: - 1 warum soll eine Anzahl von Genossen in unserer Org. "besser" gestellt sein als andere? Nicht nur der neue Plan, sondern auch das bisherige Punktesystem ist ein System ungleicher Verteilung. Bei diesem Argument werde der quantitative und qualitative Unterschied in der Aktivität der einzelnen Genossen übersehen. Der L-Plan versuche die S-Aktion mit dem Beschluß über Berufsrevolutionäre zu verbinden. - 2. Der L-Plan räume der Minderheit innerhalb unserer Org. "Privilegien" ein, wodurch die Gefahr der "Entartung" gegeben sei. Bei diesem Argument werden die wirklichen Ursachen, die zur Entartung von SP und Stalinpartei geführt haben, vollständig übersehen. - Wodurch unterscheiden sich die "Privilegien" des L-Planes von der sozialdemokratischen Pfründe und dem Privileg der Stalinbürokraten? - 1. Durch ihre Größe und Dauer. Den Genossen des führenden Aktivs soll eine Lebensmittelzuwendung, die etwa der Arbeiter-Zusatzkarte entspricht, gesichert werden. Der L-Plan ist zeitlich auf die Dauer der Lebensmittelkrise begrenzt. - 2. Durch ihren Zweck. Es soll die Aktivität der für die Org. wichtigsten Genossen gesichert werden. - 3. Durch die Art und Weise der Durchführung des L-Planes. Wir treten offen vor die Mitglieder und erklären seine Notwendigkeit, seinen Zweck und seinen Umfang. Wir unterwerfen uns der demokratischen Kontrolle der Mitgliedschaft, führen nichts hinter deren Rücken durch. Der L-Plan sei selbstverständlich mit der Frage des Vertrauens der Mitgliedschaft zur L verbunden. Ein gewisser Vertrauensvorschuß an die L sei selbstverständlich die Grundlage jeder Arbeit. - Würde der L-Plan wirklich zu einer "Entartung" führen, müßte sich dies in der politischen Linie der Org auswirken u.zw. jetzt schon, da ja ein solcher Plan nur die Frucht einer falschen politischen Linie sein könne. In unserer Org. aber haben alle Genossen die Möglichkeit, die politische Linie der Org. mitzubeschließen. Gen. K. werde jede gewünschte Anfrage in bezug auf die konkreten Daten des L-Planes geben.

3. und 4. Diese beiden Punkte wurden in einem abgewickelt, da die Zellenberichte mit der Diskussion verknüpft wurden.

Gen.B.: Wir haben bei der Lektüre des L-Planes unseren Augen nicht getraut. Das Vertrauen zwischen Mitgliedern und L wird durch ihn in Frage gestellt. (Wir haben aber trotzdem restloses Vertrauen zur L). Ich persönlich bin an der S-Aktion nicht interessiert, da ich als Bäckergehilfe genug Brot für mich und für meine Familie habe. Die Zelle steht auf dem Standpunkt, daß zwischen Mitgliedern und L in bezug auf Qualität und Quantität der Leistung kein ernstlicher

Unterschied besteht. Ich weise auf die Resolution hin, die Gen. L. vorlegen wird und die dem Standpunkt meiner Zelle entspricht.

Gen. L.: Die L schleift den Begriff Solidarität durch den Kot. Einer solchen L muß man das schärfste Mißtrauen aussprechen. Wenn die L die Arbeit nicht bewältigen könne, solle sie andere Gen. zur Mitarbeit heranziehen. Ich lege eine Resolution unserer Zelle vor und fordere alle auf, sich ihr anzuschließen. (Anlage 1 und Pkt. H).

Gen. A.: Wiederholt kurz die Ausführungen ihrer Vorredner.

Gen. St.: Schließt sich den Vorrednern an. Rechnet den Wert von 20.000 Kalorien in Schleichhandelspreise um, um zu beweisen, daß die L sich ein wesentlich über dem Arbeiterdurchschnittslohn liegendes Zusatzeinkommen (600,- bis 800,- S) sichern wolle. (Nachträgliche Gedächtnisnotiz, bzw. Stellungnahme siehe Anlage 2).

Gen. K.: Schließt sich den Vorrednern an. (Siehe Punkt H).

Gen. K.: Zelle ist gegen den L-Plan und für das bisherige Punktesystem.

Gen. St.: Der Standpunkt der Zelle ist geteilt (3:3). Schließt sich den Vorrednern ab.

Gen. L.: Vertritt den Standpunkt der L-Minderheit.

Gen. M.: Zelle war zwar anderer Ansicht als die Vorredner, ich schließe mich aber diesen an und werde dies vor der Zelle vertreten.

Gen. W.: Vertritt für seine Zelle den L-Standpunkt. Es befremde ihn sehr, daß in einer revolutionären Org. Auffassungen wie die von den Vorrednern vertretenen möglich seien. Zelle erkenne die Notwendigkeit des L-Planes. Ich habe eine Resolution mitgebracht, verzichtete aber nach Anhörung der Vorredner auf deren Vorlesung als zwecklos. (Siehe Punkt G).

5. Gen. H. hält das Schlußwort. Er weist die Angriffe auf die L wie auf seine Person zurück. Die Mehrheit der L werde aus dem Ergebnis der Org.-Befragung die Konsequenzen ziehen. Anschließend macht H. noch einige konspirative Mitteilungen, an die sich eine kurze Diskussion anschließt.

Gen. L. schließt die Versammlung.

gez. L. e.h., Vorsitzender

gez. K. e.h., Schriftführer

### Anlage 1

Genossen, die heutigen Lebensbedingungen sind schwer, für jedes Mitglied. Mitglieder, die tagsüber im Beruf stehen, Zellen zu leiten haben, sich dazu vorbereiten müssen, Fraktionsarbeit leisten und außerdem ihr politisches Studium betreiben haben ebenfalls einen großen Energieverbrauch und keine freie Zeit, um sich zusätzliche Nahrungsmittel vom Land zu verschaffen.

Je höher das politische Niveau, desto leichter fällt die zu bewältigende Aufgabe. Doch es handelt sich hier gar nicht um die Nahrungsmittel, sondern es ist dies eine politische Frage u.zw. eine der grundlegendsten politischen Fragen für uns: Die L selbst fordert und vertritt, daß sie besser gestellt wird als ihre Mitglieder. Mit unserer Zustimmung würden wir den Grundstein legen für Praktiken, wie sie in den Verratsparteien gehandhabt werden. Als Revolutionäre müssen wir dagegen Stellung nehmen und diese Entartungserscheinungen bekämpfen. Wir dürfen der Führung keine Privilegien auf Kosten der Mitglieder gewähren. Die Durchführung dieses Beschlusses würde auf die Mitglieder nicht nur eine demoralisierende, sondern eine zersetzende Wirkung haben. Denn es kommt in erster Linie nicht auf schöne Reden oder viele Schreiben an, sondern wie wir handeln, wie wir unser marxistisches Wissen in die Tat umsetzen. Es ist traurig, daß in unseren Reihen und noch dazu von unserer Führung, das Wort "Solidarität" so mißbraucht wird. "Wir (die L) haben das Recht auf Nahrung"; "Übt Solidarität gegenseitig" - so heißt es in unseren Berichten, die von der L herausgegeben werden - aber uns (der L) 20.000 Kalorien im Monat und das sicher. Eine Führung, die so be-  
ginnt, ist nicht gesund. gez. Zelle B.-L.

Ich brauche nicht alle Gründe, die unsere Zelle gegen den Vorschlag der L angeführt hat, hier zur Sprache bringen, da die Vordredner zum Teil dieselben Gründe anführten und die Wiederholung nur Zeitverschwendung bedeuten würde.

Vor allem möchte ich betonen, daß ich zwei A-Zellen vertrete und daß beide einstimmig gegen den L-Vorschlag sind.

Gen. H. betont, daß die Aktion bereits im Abflauen ist und daß in Kürze keine Pakete mehr einlangen werden. Eine Frage: Was machen dann die Genossen der L, werden sie weiter arbeiten ohne die 20.000 Kalorien oder aber geben sie die revolutionäre Tätigkeit auf? Wenn sie nachher nicht mehr arbeiten können, so bin ich der Auffassung, daß wir jetzt schon zusperren sollen, denn wenn unsere revolutionäre Tätigkeit von den 20.000 Kalorien abhängt, dann hängt sie auf einem schwachen Faden.

Wir sind nicht der Auffassung, daß der Kräfteverbrauch mit der Leistung der einzelnen Genossen im Einklang steht, denn es verbrauchen verschiedene Genossen zur gleichen Leistung verschiedene Kraft. Z.B. ich muß zur Bearbeitung meiner Propfälle bedeutend mehr Kraft aufwenden als z.B. Gen. H., der einen Propfall ohne jede Vorbereitung, so aus dem Ärmel heraus, auf Grund seiner seit Jahren und nicht jetzt erworbenen geistigen Fähigkeiten bearbeiten kann, Ich dagegen brauche oft eine stundenlange Vorbereitung, um all' den Fragen gerecht werden zu können. Ist der Kräfteverbrauch bei mir trotz meiner geringeren Leistung nicht ein bedeutend höherer als bei Gen. H.?

Wir sind auch der Auffassung, daß die Org. wohl mit Hilfe der ungeheuren Fähigkeiten einzelner Genossen, aber letzten Endes nur mit der Steigerung der Qualität der GANZEN Org. diese Breite, die sie heute besitzt, erreichen konnte. Sollte jetzt nur den Genossen der L ein Privileg geschaffen werden und ihnen diese 20.000 Kal. monatlich zugebilligt werden, dann wird zweifelsohne die gesamte Org. darunter leiden, denn die Kluft zwischen L und Mitgliedern wird immer weiter und unüberbrückbarer (gemeint ist die geistige Kluft). Wir werden einige Genossen mit ungeheuren Qualitäten haben und eine Anzahl von Mitgliedern ohne Qualitäten. Dies ist sicherlich nicht der Zweck der "Solidaritätsaktion".

Gemäß unseren Statuten haben Genossen mit einem überdurchschnittlichen Arbeitereinkommen eine Organisationssteuer zu entrichten. Wie verhält es sich denn mit dem Vorschlag der L? Diese 20.000 Kal. monatlich würden nach den heutigen Schleichhandelspreisen 400,- bis 500,- S betragen, das wäre ja ein bedeutendes Mehr als der Durchschnittslohn beträgt. (Zwischenruf des Gen. H.: "Das ist die Arbeiterkarte!"). Auf die Arbeiterkarte bekommen wir nicht diese Qualität an Lebensmitteln wie durch die Aktion.

Übrigens sind wir prinzipiell gegen das Leistungsprinzip, das Gen. H. in seinem Referat angeführt hat. Daß die Verteilung der Punkte nach der Leistung zu erfolgen hat widerspricht unserer marxistischen Auffassung.

Wenn sich die Notwendigkeit ergeben wird und unsere Genossen in der L wirklich nicht mehr können, so werden wir SOLIDARITÄT üben und werden, wenn es sein muß, unsere Zusatzkarten hergeben.

gez. St.

+

F) Die L hat das Protokoll einmütig zur Kenntnis genommen.  
Zu der in seiner Anlage 1 widergegebenen Einstellung der Zelle B.-L. nahm die L wie folgt Stellung:

1. Die L weist die in der Resolution B.-L. aufgestellte Behauptung, der L-Plan sei nur eine Unterstützungsaktion für L-Mitglieder als unwahr zurück.

2. Die L weist ebenfalls die Behauptung, daß der L-Plan die Frucht einer Entartungserscheinung unserer Org. sei als politisch unbegründet zurück und fordert die Genossen, die diese Resolution vertreten, auf, diese ihre Behauptung politisch zu begründen.

3. Die L weist schließlich die Behauptung, daß sie das Wort Solidarität mißbrauche als unqualifizierbaren Angriff auf sie zurück.

(Dies ist gleichzeitig eine Stellungnahme zum Antrag der Zelle, der unter Punkt H abgedruckt ist).

Dieser Beschluß der L wurde einstimmig gefaßt, wobei sich bei der Abstimmung über Punkt 1 und über Punkt 2 je ein Genosse der Stimme enthielt.

Zu der in der Anlage 2 widergegebenen Einstellung des Gen. St. wurde von der L folgende Stellung bezogen:

Die L weist die in der Gedächtnisnotiz des Gen. St. aufgestellte Behauptung, der L-Plan sei nur eine Unterstützungsaktion für L-Mitglieder als unwahr zurück.

Dieser Beschluß der L wurde einstimmig bei einer Stimmenthaltung gefaßt.

+

G) Die A-Zelle G. hatte sich an die Konferenz der AZ-Delegierten mit folgender Resolution gewandt, die sie dort unter den Genossen verteilte:

RESOLUTION, gerichtet an die Konferenz von Delegierten der A-Zellen.

Wir begrüßen den Plan für die Reorganisierung der Solidaritätsaktion, der von der L mit 4 gegen 3 Stimmen angenommen wurde. Wir sind uns dessen bewußt, daß er dazu beiträgt, die geistige Kraft unserer aktivsten Genossen zu erhalten und zu heben und daß er damit einen wesentlichen Schritt zur Stärkung unserer Org. darstellt. Wir wissen aber auch, daß seine Durchführung eine einschneidende Maßnahme bedeutet, weil durch ihn unter Umständen eine Reihe von Genossen im Interesse unserer organisierten revolutionären Tätigkeit auf die wertvolle Kalorienhilfe verzichten wird müssen und daß er andererseits eine gewagte Sache ist, weil er einigen Genossen Rechte gewährt, die nur so lange keine Privilegien sind, so lange diese Genossen tatsächlich aktiv führende proletarische Revolutionäre sind. Aus diesen Erwägungen stellen wir folgende Forderungen für die Durchführung des Planes auf:

1. Wir unterstützen diese Aktion nur dann, wenn sie nach den Prinzipien des proletarisch-revolutionären Kampfes durchgeführt wird. Sie muß unsere Organisationsstatuten und den Beschluß des PB über Berufsrevolutionäre zur Grundlage haben.
2. Die L muß die volle Verantwortung tragen und alles tun, um eine Verbürokratisierung und einen Kampf um Positionen zu verhindern, um die persönlichen Interessen hinter den Interessen der Revolution zu halten, um jedes unberechtigte Mißtrauen und seine zerstörende Wirkung in der Org. auszuschließen.
3. Wir fordern, daß die GL für diese Aktion mitverantwortlich gemacht und aus diesem Grunde zur Kontrolle ihrer Durchführung verpflichtet werden, da diese einen engen Kontakt mit der L haben und deshalb unter den gegebenen Bedingungen einen Mißbrauch am ehesten verhindern können.
4. Die Liste jener Genossen, die die 2 Punkte monatlich erhalten sollen, muß vor ihrem endgültigen Beschluß durch die L einem heute zu wählenden Komitee aus 3 oder 5 Genossen zur Prüfung und Stellungnahme vorgelegt werden.

Die Liste der Genossen auf dem Gebiete der Solidaritätsaktion soll

der politischen Arbeit in der Org. zu widmen, ohne sie für die Beschaffung zusätzlicher Lebensmittel verwenden zu müssen. Deshalb sehen wir in der Gewährung dieser "Privilegien" eine Verpflichtung der betreffenden Genossen gegenüber der Org. Ein freiwilliger Verzicht auf diese 20.000 Kalorien pro Monat wird von uns nur dann zur Kenntnis genommen, wenn der betreffende Genosse trotzdem die Aufgaben, welche ihm seine Funktion stellt, voll und ganz erfüllen kann.

6. Schließlich verlangen wir noch, daß diese Sonderzuteilungen vor allem den Genossen selbst zu-gute kommen müssen, und weniger seiner Familie.

Wir fordern alle hier anwesenden Delegierten auf, über diese Resolution ohne Naivität und Scheu zu debattieren, sich den in ihr niedergelegten Grundsätzen und schwerwiegenden Forderungen anzuschließen und den wichtigen und richtigen Plan der L mit Zustimmung zur Kenntnis zu nehmen.

A-Zelle G

+

H) Außer dem in der Resolution der AZ G. enthaltenen Antrag sind noch folgende zwei Anträge zum Plan für die S-Aktion bei der Org.-Befragung oder später eingelaufen:

1. Von der A-Zelle B.-L.:

- a) Wir beantragen, die bisherige Form der Verteilung.
- b) Wir verlangen den Namen des Genossen, der diesen Antrag eingebracht hat. Gefahr für morgen.
- c) Geht der Leitungsantrag dennoch durch, dann verlangen wir, daß dies in unserem Organ veröffentlicht und dem internationalen Solidaritäts-Aktionskomitee übermittelt wird. ~~Darauf~~ nicht mehr Solidaritäts-Aktion heißen, sondern Unterstützungs-Aktion nur für Leitungsmitglieder.

2. Von der A-Zelle L.:

- a) Beibehaltung des ursprünglichen Planes.
- b) Wer privat Hilfe erhält soll aus der Aktion ausgeschaltet werden.
- c) Besteuerung von Mitgliedern, die gut situiert sind.
- d) Kranke auch außer der Reihe berücksichtigen.
- e) Eventuelle Sammlung durchführen für die Solidarität.
- f) Neuer Plan wird abgelehnt, da der Charakter Solidarität dadurch verlorenginge.

Falls die Antragsteller keine weiteren Vorschläge oder Forderungen zu stellen haben, sind diese drei Anträge mit dem unter Punkt M bekanntgegebenen Beschluß der L erledigt. Die AZ L. hat ihren Antrag bereits vor Bekanntgabe dieses Beschlusses zurückgezogen. Zum Antrag der AZ B.-L. hat die L im besonderen Stellung genommen (siehe unter Punkt F), im allgemeinen gilt für ihn das oben gesagte. Der von der Zelle verlangte Antragsteller ist der von der L einstimmig bestimmte und bestätigte zuständige Referent.

+

I) Zwei der Vertreter der L bei der Org.-Befragung gaben zu dieser folgende Erklärung ab, die von der L mit Mehrheit zur Kenntnis genommen wurde:

ERKLÄRUNG zum Ergebnis der sogenannten Org.-Befragung v. 9.3.47

1. Bei der am 9.3.47 über den L-Plan zur Reorganisierung der S-Aktion durchgeführten sogenannten Org.-Befragung wurde von einzelnen Delegierten die Ansicht vertreten, daß einer L, die einen solchen Vorschlag mache, mit dem schärfsten Mißtrauen zu begegnen sei. Eine

Delegierte erklärte, daß die L mit ihrem Plan den Begriff Solidarität durch den Kot schleife. Diese Anpöbelung des führenden Organs unserer Org. blieb ebenso unwidersprochen wie die des Referenten der L, dem terroristische Methoden innerhalb unserer Org. vorgeworfen wurden. Der L-Plan wurde von der überwiegenden Mehrzahl der Delegierten mit folgender Begründung verworfen:

- a) Eine Differenzierung der Mitglieder in bezug auf deren Wichtigkeit für unsere Org. sei unzulässig; alle Mitglieder seien gleich wichtig, ihre Arbeit gleich zu werten. Zwischen der Tätigkeit eines L-Mitgliedes und irgendeines anderen Org.-Angehörigen gäbe es keine besonderen qualitativen und quantitativen Unterschiede.
- b) Der L-Plan sei politisch unbegründet. Er schaffe innerhalb unserer Org. Privilegien, die zu deren Entartung führen müssen.

2. Das bisherige Punktesystem war ein System ungleicher Verteilung und ging von folgenden Gesichtspunkten aus: - a) Aktivität (qualitativ und quantitativ gewertet), - b) Soziale Lage und - c) Krankheit. - Von der Minderheit der L wurde der Standpunkt vertreten, daß ein weiterer Ausbau dieses Systems der ungleichen Aufteilung (4 bis 6 Punkte an einzelne Genossen) ohne weiteres vertretbar sei.

3. Der L-Plan geht von der unbedingten Notwendigkeit der Erhaltung der Arbeitskraft des führenden Aktivs unserer Org. aus; er hat den PB-Beschluß über die Frage der Berufsrevolutionäre, Abschnitt 3 zur Grundlage. Eine einfache Gegenüberstellung der konkreten Zahlen nach dem bisherigen Punktesystem mit denen des L-Planes zeigt, daß es sich bei letzterem nicht um einen prinzipiell anders gearteten Verteilungsplan, sondern um eine in Hinblick auf das angestrebte Ziel zweckmäßige Modifikation des Punktesystem handelt.

4. In beiden Fällen ist also eine ungleiche Verteilung gegeben. Die am 9.3.47 von der Mehrzahl der Delegierten am L-Plan geübte Kritik muß also konsequenterweise auch das bisherige Punktesystem treffen. Wer sich auf dem Boden dieser Kritik stellt, muß das Punktesystem prinzipiell ablehnen.

5. Der L-Plan sieht regelmäßige Zuteilungen, die ungefähr der Arbeiter-Zusatzkarte entsprechen an das führende Aktiv unserer Org. (und nicht, wie fälschlich behauptet wurde, nur an die L) vor. Von der Mehrzahl der Delegierten wurde jedoch behauptet, daß der L-Plan der revolutionären Forderung, daß der Lohn von Arbeiterfunktionären den Arbeiterdurchschnittslohn nicht wesentlich übersteigen dürfe, widerspräche. Um dies zu beweisen, wurde sogar mit den Schleichhandelspreisen der Zuteilungen operiert.

6. Der L-Plan sieht außer den Zuteilungen an das führende Aktiv die Einbeziehung aller bedürftigen Mitglieder unserer Org. in die S.-Aktion vor; die konkreten Zahlen beweisen, daß auf letztere die größere Hälfte der Zuteilungen entfallen würden. Bei der Org.-Befragung wurde jedoch behauptet, daß die L die gesamten Zuteilungen für sich beanspruche.

7. Das Argument, daß der L-Plan zur Entartung unserer Org. analog der Entartung der SP und Stalinpartei führen müsse, ist seicht und oberflächlich, da es von den historischen Ursachen der Entartung der beiden Verratsparteien abstrahiert. Die "Privilegien" des L-Planes unterscheiden sich von der sozialdemokratischen Pfründe und dem stalinschen Privileg durch - a) die Verschiedenheit ihres Ursprungs und Zwecks, - b) die Höhe, den Umfang und die Dauer und - c) die Tatsache, daß sie der demokratischen Kontrolle unserer gesamten Org. unterworfen sind, die jeden Mißbrauch ausschließt.

(Auszug)

15.3.47 gez. H. und K.

J) Gen. B. wendet sich mit folgendem offenen Brief an die Mitglieder unserer Org.:

### OFFENER BRIEF an alle Mitglieder der IKÖ.

Genossen! Wenn ich mich als Mitglied unserer revolutionären Org. in dieser ungewöhnlichen Form an Euch als Kommunisten wende, so unternehme ich diesen Schritt aus der Erkenntnis, daß meiner Meinung nach das Verhalten der Mehrzahl der Delegierten bei der A-Zellen-Konferenz über den Solidaritätsvorschlag der L nicht nur unkommunistisch war, sondern das dieses Verhalten in seinen unvermeidlichen Rückwirkungen auf die Gesamtbewegung und ihren sich aufopfernden, führenden Kern bei weiterer Fortsetzung dazu führen muß, unsere Org. in eine schwere innere Krise zu stürzen, was einem schweren Rückschlag unserer Bewegung bedeuten würde.

Ich bekenne mich, so wie andere Genossen unserer Org. offen zu dem der Konferenz vorgelegten Vorschlag der Mehrheit der L, der darauf basiert, dem führenden Kern unserer Organisation die unbedingt notwendige Lebensmittelmenge zu sichern, die dem Kalorieninhalt der Arbeiterkarte entspricht, damit diese Genossen in erster Linie ihre ganze Kraft den führenden Aufgaben unserer revolutionären Org. widmen können, denn so wie diese Genossen bis jetzt zu leben gezwungen waren, können sie ohne die Gefährdung ihrer Gesundheit und somit ihrer politischen Leistungsfähigkeit nicht mehr weiter dahin vegetieren.

Es ist in einer nach kommunistischen Grundsätzen geführten Org. auf die Dauer unvereinbar, daß sich ein kleiner Kern von Genossen unter Hintansetzung allen persönlichen Wohlergehens für die gemeinsame revolutionäre Sache aufopfert und diesen Genossen die notwendige solidarische Unterstützung und Mitarbeit der übrigen Genossen ermangelt. Die Arbeit der L ist heute die schwerste und verantwortungsvollste Tätigkeit in unserer Org. und diese wird immer größer mit dem Umfang und Wachsen unserer Aufgaben (Verbindung mit der Internationale und die aktive politische Teilnahme an ihrem Kampfe, Bildung eines linken Flügels in der SP, Gewerkschaftsarbeit und Redaktion unseres Organs). Die Genossen in unserer Organisation, die den Vorteil der Schwerarbeiterkarte haben, oder sonstige zusätzliche Versorgungsmöglichkeiten haben, sollen sich einmal in die Lage jener Genossen versetzen, die von der Angestelltenkarte leben müssen und wöchentlich durchschnittlich zu ihrer 48-stündigen Arbeitszeit noch ungefähr 20 Abendstunden für hochkonzentrierte geistig-politische Arbeit opfern. Dies alles nun nach zwei Jahren schwersten Hungers mit der Perspektive eines dritten Hungerjahres vor uns.

Mit diesen ernsten politisch-sachlichen Beweggründen hatte sich die Konferenz nicht einmal befaßt, sondern eine Reihe von Delegierten hatte sofort an die Mehrheit der L so ungleubliche beschämende Anschuldigungen gerichtet, wie daß sich diese "Privilegien" zu schaffen sucht, oder daß diese Genossen sich mit den zusätzlichen Lebensmitteln, ungerechnet zu Schleichhandelspreisen, ein "privilegiertes" Mehreinkommen von S 600,- im Monat zueignen wollen.

Wenn diese Auswüchse weiter fortgesetzt werden, so bedeuten sie eine Gefährdung unserer politischen Arbeit. Ich denke, daß es daher notwendig ist, daß diese Genossen noch einmal unter ernster Beachtung vorerwähnter Gesichtspunkte den Vorschlag der Mehrheit der L überprüfen und damit diese gefährliche Krise in unserer Org. überwinden.

10.3.47 gez. B.

+

K) Folgender Brief der AZ G. wurde von der L einstimmig zur Kenntnis genommen. Sein erster Punkt wurde aus dem vorliegenden Fragenkomplex herausgelöst (siehe Vorbemerkung) und wird gesondert behandelt; der im Punkt 2 gemachte Vorschlag ist - falls sich die Zelle damit

einverstanden erklärt - mit dem unter Punkt M bekanntgegebenen Beschluß der L beantwortet und erledigt; mit dieser Sondernummer und mit der darin enthaltenen Stellungnahme der L dürfte auch die im Punkt 3 geforderte grundsätzliche Antwort auf den Brief erfolgt sein. Der Brief lautet:

AN DIE L der IKÖ - nachr.: GL Z

1. Schon seit langer Zeit hatten wir den Eindruck, daß von verschiedenen verantwortlichen Funktionären die Mitgliedschaft in unserer Organisation und die Reife für diese nach sehr verschiedenen Grundsätzen beurteilt wird. Dieser Eindruck wurde von einer Reihe von Erfahrungen hervorgerufen. Die in den "I.M." Nr. 1 bekanntgegebenen und die von unseren Delegierten berichteten Erfahrungen der Konferenz haben diese Erkenntnis erhärtet. Aber die am 9.3.47 stattgefundene Org.-Befragung hat uns die Überzeugung gegeben, daß wir recht haben. Diese zwei hauptsächlichsten Erfahrungen werden durch manche anderen ergänzt und konkretisiert. Nach unserer Ansicht sind die Auslesemethoden für eine revolutionäre Org. eine lebenswichtige Frage. Aus diesem Grunde fordern wir die L auf, bis zum Erscheinen der "I.M." Nr. 4 zu diesem Punkt Stellung zu nehmen und klar darzulegen, welche Methoden sie bei der Auslese der Mitglieder anwendet, von welchen Grundsätzen sie bei der Beurteilung ihrer Reife geleitet wird und was nach ihrer Meinung die Mindestforderung an die Mitglieder hinsichtlich der theoretischen Voraussetzungen, der selbständigen politischen Urteilsfähigkeit und der aktiven revolutionären Tätigkeit ist.

2. Der Ausgang der Org.-Befragung hat uns tief beeindruckt. Daß der Vorschlag der L von der Mehrzahl der Delegierten abgelehnt wurde und die durchaus unpolitische, unsachliche und unverständige Stellungnahme einzelner Genossen bringen wir in erster Linie mit dem oben Gesagten in Zusammenhang. Ferner sind wir überzeugt, daß die Mehrzahl der Delegierten gar nicht erfaßt hat, welchen Sinn und Zweck die vorgeschlagene Reorganisation der Solidaritätsaktion hat und aus welcher bitteren Notwendigkeit der Vorschlag entstand. Das aber fällt allen leitenden Genossen zur Last, vor allem den GL, denn sie sind für die politische Vorbereitung jeder Aktion verantwortlich. Wir wissen nicht, wie weit und ob sich gerade im vorliegenden Fall die drei Genossen der Minderheit an die Aktionsdisziplin gehalten haben, wir wissen auch nicht, ob sie Berufsrevolutionäre in unserem Kampfe für notwendig halten - (nach unserer Ansicht ist der Beschluß über Berufsrevolutionäre vom Reorganisationsplan für die Solidaritätsaktion nicht zu trennen) - aber wir wissen, daß hier politische Fehler begangen werden. Wir schlagen deshalb vor, daß so bald wie möglich unter den Mitgliedern unserer Org. eine breite Diskussion über den Reorganisationsplan der L entfaltet wird. In dieser Debatte könnten sich die Meinungen und die Qualitäten der Genossen messen und bewähren. Sie würde den naiven Genossen die nüchterne Wirklichkeit erkennen lassen und opportunistische Abweichungen freilegen. Zeitpunkt, Ausmaß, Dauer und Form der Debatte darf dabei nur von der konspirativen Lage abhängig gemacht werden.

3. Schließlich fordern wir, daß diese beiden Fragen - Auslesemethoden und Diskussion des Planes - auf der nächsten Sitzung der L behandelt werden, damit zersetzende Tendenzen schon im Keime erstickt werden. Ebenso fordern wir, daß wir vom Erfolg der Debatte verständigt werden, d.h. daß uns die L auf diesen Brief g r u n d s ä t z l i c h antwortet.

14.3.47

L) Das OB hat aus der gesamten Aktion einstimmig folgende organisatorische Lehren gezogen, die es allen Genossen zum eingehenden Studium empfiehlt und die in Zukunft von allen Mitgliedern und Funktionären dringend verwertet werden müssen:

DIE LEHREN DER AKTION (Org.-Befragung vom 9.3.47)

1. Die Führung des Vorsitzes und des Protokolls hat nicht einwandfrei geklappt. Dadurch konnte die Debatte ungeordnet und unsachlich werden; dadurch mußte das Protokoll im wesentlichen (Diskussions-) Teil rekonstruiert werden.
2. Die Aktion war politisch schlecht vorbereitet. Den Delegierten waren die konkreten Bedingungen und Konsequenzen des Reorganisationsplanes nur unzulänglich bekannt.
3. Die Debatte wurde von den Delegierten nicht in allen Fällen auf kommunistische Weise geführt. Das Pro und Contra hat sich nicht objektiv gemessen.
4. Nicht alle Delegierten haben klar den Auftrag ihrer Zelle ausgeführt. Es galt hier, exakt zu unterscheiden und vor der AZ die Verantwortung zu tragen.

+

M) Die L ist auf Grund der Org.-Befragung und der Diskussion ihrer Ergebnisse und sämtlicher Erfahrungen während der Aktion (Reorganisation der Solidaritätsaktion) zu folgendem Beschluß gekommen, der organisatorisch dieser Aktion einen Punkt setzt. Sie fordert gleichzeitig alle Genossen auf, diesen Beschluß einmütig und diszipliniert durchzuführen:

Das bisherige Punktesystem wird beibehalten, wobei sich die L vorbehält, im Einvernehmen mit den GL und AZ die Punktezuerteilung wie bisher nach den Gesichtspunkten Aktivität, soziale Verhältnisse und Gesundheitszustand zu überprüfen und eventuell neue festzusetzen.

Der am 9.3. abgelehnte Vorschlag der L hatte den PB-Beschluß über Berufsrevolutionäre, Punkt 3 zur Grundlage. Die Mehrheit der Delegierten steht in ihrer politischen Ausgangsstellung in Widerspruch zu diesem Beschluß. Die L bedauert dies; sie sieht es als ihre Aufgabe an, die Genossen von der Irrigkeit ihres Standpunktes an Hand der Erfahrungen zu überzeugen.

Der erste Teil dieses Beschlusses wurde mit 5 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen und der zweite Teil mit 5 gegen 1 Stimme bei 1 Stimmenthaltung angenommen.

=====